

Tendenzen und Neuausrichtung der Jugendsozialarbeit im Bereich Migration/ Integration

Ursula Boos-Nünning

Einleitung: Einwanderung in der öffentlichen Diskussion

In der Öffentlichkeit, auch in der Kommune, werden die Folgen von Einwanderung oftmals negativ dargestellt. Es werden die Mängel der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und der Migrantenfamilien thematisiert:

- die fehlenden oder (zu) geringen deutschen Sprachkenntnisse;
- die unzureichenden Schulabschlüsse sowie Schwierigkeiten beim Übergang in eine berufliche Ausbildung;
- der fehlende Zugang zu Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Vereinfacht wird die fehlende Integration in die deutsche Gesellschaft moniert. Für die Frauen und Mädchen wird zusätzlich eine patriarchalische Familienstruktur mit fehlender Selbstständigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten bis hin zur Zwangsehe, die mit der arrangierten Ehe gleichgesetzt wird, genannt. Auch der überwiegende Gebrauch der Muttersprache in der Familie und Formen von familiärer Gewalt werden als integrationsverhindernd bewertet.

Bei einer solchen Sicht stehen die Migrantenangehörigen und deren Defizite im Mittelpunkt der Betrachtung und Integration in die Kommune und in die deutsche Gesellschaft wird zu einer Bringschuld der Eingewanderten und ihrer Kinder und Kindeskiner erklärt. Die Optionen oder die Potenziale gehen in der Krisensicht oft unter:

- Eine nicht unerhebliche Zahl der jungen Menschen mit Migrationshintergrund sind schulisch und beruflich erfolgreich: die Zahl der Akademiker und Akademikerinnen aber auch der Selbstständigen mit Migrantenangehörigen wächst beachtlich.
- Betriebsinhaber und –inhaberinnen mit Migrationshintergrund schaffen Ausbildungs- und Arbeitsplätze.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Familie verfügen über Ressourcen, die das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben Deutschlands bereichern könnten:
 - Ein erheblicher Teil der Jugendlichen und der Eltern sind nicht geschlechtsspezifisch differenziert bildungsorientiert.
 - Deutschland wurde durch die Einwanderung ein Potenzial an zwei- oder mehrsprachigen Menschen geschenkt.
 - Es besteht ein Zugang im heutigen und künftigen Wirtschaftsleben immer wichtiger werdenden interkulturellen Kompetenzen.
 - Es ist denkbar, dass der in Migrantenfamilien häufig anzutreffende Familialismus sich als Wertmuster der zukünftigen Gesellschaft erweist.

Kaum thematisiert werden auch die Mängel in den Institutionen und Einrichtungen, die eine Integration in den kommunalen Kontext erschweren oder unmöglich machen. Wird versucht die Perspektive zu wechseln und wird nicht wie häufig das Verhalten und die Einstellungen der Migrationsangehörigen in den Mittelpunkt gestellt sondern vielmehr die Unzulänglichkeiten der Einrichtungen, ergibt sich ein anderes Bild:

- Die Kindertagesstätte vermag es häufig nicht, die Entwicklung der deutschen Sprachkompetenzen der Migrantenkinder zu unterstützen noch weniger eine Erziehung zur Zwei(Mehr)sprachigkeit zu leisten;
- Die Schule kompensiert Unterschiede nach Migrationshintergrund – anders als Schulsysteme in anderen Staaten – kaum; sie vermag es nicht Bildungs- und Aufstiegsorientierungen der Migrantenfamilien in Bildungserfolge umzuleiten;
- Junge Menschen mit Migrationshintergrund erhalten auch mit guten Voraussetzungen deutlich seltener eine Ausbildungsstelle als einheimisch Deutsche; das Ausbildungssystem selektiert nach ethnischer Herkunft;
- Das System der Kinder- und Jugendhilfe wie nahezu alle Beratungseinrichtungen erreicht den Bevölkerungsteil mit Migrationshintergrund deutlich seltener und nicht adäquat.

1. Die Unterversorgung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

Die Migrantenkinder und –familien werden von den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe nicht hinreichend erreicht. Trotz der rechtlichen Einbeziehung eines großen Teils der Kinder, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund in die Kinder- und Jugendhilfe und trotz der Tatsache, dass vielen Migrantenfamilien alle Angebote rechtlich offen stehen, wird durch die Inanspruchnahmestatistiken ihre Unterrepräsentation in allen Formen der Beratung und Hilfen seit Jahren belegt. Kinder und Jugendliche mit nicht-deutscher ethnisch-kultureller Herkunft werden schlechter als deutsche mit institutionellen Erziehungs- und Beratungsangeboten versorgt.

Mit Vorsicht, da die Jugendhilfestatistik teilweise auf die Gruppe ohne deutschen Pass (Ausländer und Ausländerinnen), teilweise auf Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund ausgerichtet ist, lässt sich auch heute noch eine Unterrepräsentation dieser Gruppe in der Jugendverbandsarbeit und hier insbesondere der Mädchen und jungen Frauen belegen. Ebenso werden sie weniger als einheimische deutsche Jugendliche von Angeboten der Jugendsozialarbeit erreicht, wenn auch ihr Anteil sich in den letzten Zehn Jahren erhöht hat. Gleiches gilt für die Hilfe zur Erziehung. Eindeutig belegt ist auch die geringere Inanspruchnahme in vielen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe durch ausländische Familien, in der Erziehungsberatung, bei der Hilfe in familiären oder persönlichen Problemlagen, in der sozialpädagogischen Familienhilfe sowie in Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses.

Auffällig ist ein hoher Ausländeranteil in spezifischen Jugendhilfeeinrichtungen wie der Jugendgerichtshilfe oder der Jugendberufshilfe sowie in den Jugendheimen und in Notunterkünften für Frauen und Mädchen wie auch in Form der Inobhutnahme. Offenbar werden Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund erst bei massiven Konflikten von den Hilfeangeboten erreicht. Von der Inobhutnahme sind Mädchen und junge Frauen mit ausländischem Pass, wahrscheinlich auch mit Migrati-

onshintergrund, deutlich häufiger als junge Männer betroffen, wobei erstere sich zu einem erheblichen Teil selbst melden.

Wegen der schwierigen Datenlage lässt sich nur vorsichtig formulieren, dass es in präventiven und beratenden Bereich nach wie vor eine Unterversorgung von Migrantenfamilien gibt, dass aber die Inanspruchnahme in den letzten Zehn Jahren deutlich gestiegen ist. Differenzierte Daten nach nationalem oder ethnischem Hintergrund liegen nicht vor. Es kann aber auf Grundlage einer Befragung von Mädchen mit Migrationshintergrund angenommen werden, dass bei geringer Inanspruchnahme insgesamt und fehlendem Hilfesuchen selbst bei massiver Wahrnehmung von Bedrohung junge Frauen aus Aussiedlerfamilien besondere Distanz zu Beratungseinrichtungen haben. Gründe für die Inanspruchnahmebarriere der Migrantenangehörigen gegenüber den Formen von Beratung und Hilfen werden in der fehlenden konzeptionellen Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe an den Interessen und der Lebenswelt der Kinder- und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie an der unzureichenden Form (Kommstruktur statt mobiler aufsuchender Arbeit) gesehen.

Vor allem in den Großstädten Westdeutschlands gibt es zwar spezifische ausländerpädagogische Angebote aber die Jugendhilfeplanung bezieht diese Zielgruppe bisher nicht systematisch ein. Es werden kaum Anstrengungen unternommen, die Zugangsbarrieren der Familien und der Kinder und der Jugendlichen mit Migrationshintergrund abzubauen, etwa indem die Einrichtungen interkulturell geöffnet werden. Für die fehlenden Fortschritte, bei der interkulturellen Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe wird die finanzielle Situation der Kommunen angeführt. In Zeiten, in denen man um den Erhalt des Status quo kämpfen muss, sei es nicht möglich, neue Aufgabengebiete zu bearbeiten, auch wenn dies fachlich dringend geboten sei.

Neben den Diensten, die sich an die Gesamtbevölkerung richten – an einheimische Deutsche wie an Migrantenfamilien – gibt es für die Einwanderergruppen spezifische Migrationsdienste. Ein Blick auf die Ergebnisse einer Untersuchung bei jungen Frauen mit Migrationshintergrund belegt, dass auch diese die Zielgruppen nicht hinreichend erreichen. Die Versorgungsdefizite und die fehlenden Inanspruchnahmebarrieren müssen auf dem Hintergrund eines großen Versorgungsbedarfs gesehen werden.

2. Ein Blick in die Vergangenheit: Gründe für die Entwicklung der Unterversorgung

Die von der deutschen Seite angebotenen Formen und Inhalte an Information, Beratung und Hilfen erreichen die Migrantenfamilien nicht oder seltener als deutsche Familien. Als Grund, warum die deutschen Beratungseinrichtungen von Migrantenfamilien so wenig aufgesucht werden, wird die „Inanspruchnahmebarriere“ angeführt. Diese resultiert auf Seiten der Familien selbst aus der geringen Vertrautheit mit deutschen Einrichtungen, aus den Reserven, sich gegenüber dem meist deutschen und deutschsprachigen Personal zu öffnen und sich ihm anzuvertrauen, aus Furcht vor einer Entfremdung der Kinder von den heimatlichen Normen und aus der Sorge wegen der Inanspruchnahme Benachteiligungen ausgesetzt zu sein.

Über die Zugangsbarrieren hinaus hat auf Seiten der Einrichtungen die vorhandene Beratungsstruktur grundlegende Mängel. Ein Kritikpunkt, der stets betont wird, richtet sich auf die Klientelisierung der Menschen mit Migrationshintergrund in der Beratung. Diese resultiert aus dem Defizitansatz: Eingewanderte und ihre Kinder werden als hilfebedürftige Sondergruppen definiert, die sich in der deut-

schen Sprache nicht verständigen können und die nicht über Fähigkeiten verfügen, im sozialen Raum zurechtzukommen. Bei diesem Bild von Migrantenfamilien wird das sozialpädagogische Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ vernachlässigt oder sogar ausgeschaltet.

Hinzu kommt, dass frühere und heutige Formen von Betreuung den spezifischen Bedürfnissen von Migrantenfamilien nicht gerecht werden: Die auf deutsche Ratsuchende ausgerichteten Beratungsstellen verfügen weder über Personal aus den Herkunftskulturen noch über einheimisch deutsche Berater und Beraterinnen mit Kenntnissen in der Sprache und in der Kultur der Eingewanderten. Eltern mit Migrationshintergrund finden selten Ansprechpartner und –partnerinnen für ihre Anliegen und meiden auch deswegen die Einrichtungen.

Es muss verständlich gemacht werden, warum sich die Regeldienste so lange Zeit und teilweise bis heute für die Migrantenfamilien nicht zuständig fühlen konnten und können. Ein wichtiger Grund ist darin zu sehen, dass den Migrantenfamilien spezifische Beratungsangebote in Form der "Sozialdienste" zur Verfügung standen. Um die heutige Situation der Ausgliederung der Migrantenfamilien aus dem Regelsystem von Beratung und der Entwicklung eigener Dienste verständlich zu machen, ist es notwendig, auf die Ausgangsbedingungen bei Beginn der Arbeitsmigration vor nunmehr über vierzig Jahren einzugehen. Da die ausländischen Arbeitskräfte ohne deutsche Sprachkenntnisse und, wie angenommen wurde, ohne Kenntnisse des politischen, kulturellen und sozialen System des Aufnahmelandes einwanderten, wurden parallel zu den Anwerbevereinbarungen "*Soziale Dienste*" eingerichtet, die bei einem Trägerverband (die größten sind: Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonisches Werk) angebunden wurden. Sozialberater der jeweiligen Nationalitäten haben zunächst die Arbeitnehmer selbst und dann in immer stärkerem Maße ihre Familienangehörigen in den Herkunftssprachen beraten. Diese spezifische Angebotsform im Bereich der Ausländer(sozial)arbeit ist die einzige, die bis heute kontinuierlich und lange Zeit in zunehmendem Umfang mit finanziellen Mitteln von Bund und Ländern gefördert wurde.

Neben der Zuständigkeit für soziale personenbezogene Dienstleistungen für Ausländer, auf deren konzeptionelle und praktische Ausgestaltung die Betreuungsverbände maßgeblichen Einfluss ausüben, nahmen die Betreuungsverbände (in Verbindung mit den Kirchen) stellvertretend die Interessenvertretung von Ausländern in verschiedenen ausländerpolitischen Gremien wahr und werden dadurch auch zu einem wesentlichen Faktor der öffentlichen Thematisierung und 'Dramaturgie' der sozialen Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik".

Die Kritik (s. vor allem Puskeppeleit/Thränhardt 1990) war weitgehend und erfolgte

- an dem nationalitätenspezifischen Verteilungskriterium, das eine spezialisierte und differenzierte Versorgung unter weltanschaulichen, minderheiten-, schicht-, generations-, geschlechts- und problemgruppenspezifischen Gesichtspunkten verunmöglichte;
- an der fehlenden Professionalität der in der Beratung tätigen Personen. Kritik geäußert wurde an dem Einsatz der in der Ausländerarbeit tätigen Sozialberatern, die als Allroundberater mit einer Fülle von pädagogischen, kulturellen, sozialpädagogischen und psychosozialen Aufgaben betraut wurden und denen damit fachliche Kompetenz zu deren Erledigung zugeschrieben wurde. Dazu waren die Sozialberatung und die Berater aufgrund ihrer geringen Zahl nicht in der Lage (ebenda 1990, S. 51). Als zum späteren Zeitpunkt professionalisiertes Personal, zweisprachig und mit inter-

kultureller Kompetenz ausgestattet zur Verfügung stand, wurden die Sozialdienste abgebaut, ja oftmals gerade diese Gruppe entlassen;

- damit zusammenhängend an der fehlenden Qualifizierung des Personals. Kritisiert wurde, dass die "Betroffenen- Qualifikation" nicht ausreiche und dass versäumt wurde, das Personal in den Beratungsstellen analog den an den Fachhochschulen ausgebildeten Sozialpädagogen und Sozialberatern (nach)zuqualifizieren;
- an der altersspezifischen Nachfragestruktur und des Fehlens einer Öffnung hin zu der jüngeren Generation, insbesondere zu den Jugendlichen ausländischer Herkunft.

Das wichtigste ist: Die Einrichtung und Aufrechterhaltung der Ausländersozialdienste entlastete die Regeldienste sich einer von ihnen als schwierig angesehen Klientel zu widmen.

Dass ein solches Vorgehen zugelassen wurde und kaum öffentliche Kritik – auch nicht von Seiten der Träger der Jugendhilfe – fand, ist nur auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Grundkonsens zu verstehen. Im politischen Raum wurde bestritten, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland sei und manch einer oder eine denkt heute auch noch, dass die Folgen der Einwanderung nur die Migrantenfamilien und die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, nicht aber den (ethnisch) deutschen Teil der Bevölkerung betreffen und dass die Entwicklung zu einer multiethnischen Gesellschaft für die Deutschen keine Veränderungen mit sich bringen würde.

3. Der defizitäre Blick der Sozialarbeit auf die Migrantenfamilien

Auch die Sozialarbeit und die in ihr tätigen Professionellen haben die defizitäre Sicht der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft auf junge Menschen mit Migrationshintergrund übernommen.

Die vorne beschriebenen Ressourcen, über die Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer familiären Migrationserfahrungen und ihres Auswachsens in Deutschland verfügen, werden bislang kaum thematisiert. Auffällig ist, dass die Diskussion um soziokulturelle Ressourcen, die zur Gestaltung der Gesellschaft im Zuge des europäischen Einigungsprozesses und zunehmender Globalisierung notwendig sind, diese Gruppe nicht einbezieht. Die Diskussion wird vielmehr widersprüchlich geführt: Auf der einen Seite wird Interkulturalität und Europakompetenz gefordert. Junge Menschen in Deutschland und Europa sollen zwei oder mehrere Sprachen als Voraussetzung für die berufliche Handlungsfähigkeit beherrschen und es werden Projekte gefördert, die die Mobilität erhöhen sollen. Gleichzeitig wird das Potential, das die Aufnahmeländer durch die Anwesenheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zur Verfügung haben, nicht erkannt oder nicht als solches gewürdigt. Der Europagedanke wird auf die Europäisierung der einheimischen Jugendlichen oder auf Kontakte zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Länder verkürzt. Vorstellungen, die von der Nutzung der Kompetenzen der schon migrierten Kinder und Jugendlichen ausgehen, und diese einbeziehen, sind kaum verbreitet. Nur selten wird in der Zweisprachigkeit und noch seltener im zweikulturellen Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Positives gesehen und nach Wegen gesucht, diese Fähigkeiten zu fördern und zu erweitern.

Auch in der Diskussion um die als notwendig erachtete interkulturelle Kompetenz in der globalisierten Wirtschaft wird kein Gedanke auf die Einbeziehung dieser Gruppe verwendet.

Auch in anderen Bereichen, die die eingewanderten jungen Menschen betreffen, wird widersprüchlich reagiert: Während bei deutschen Jugendlichen mangelnde Wertbindung und damit auch ein Verlust

ethischer Orientierungen sowohl im Hinblick auf Gründung und Erhalt einer Familie als auch im Hinblick auf dem Stellenwert von Religiosität im Leben konstatiert und zunehmend als negativ für die Entwicklung der Gesellschaft beschrieben wird, werden Familialismus und Religiosität der jungen Jugendlichen mit Migrationshintergrund bewertet.

4. Die Entwicklung in der multiethnischen Stadtgesellschaft

Die Städte Westdeutschlands sind multiethnisch. Die Stadtgesellschaft hat sich verändert und wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch stärker verändern: Sie wird sich – wie es im Titel eines Buches über Demographie und Kultur formuliert ist – als „älter, bunter, weniger“ darstellen (Stiftung Niedersachsen 2006). Die demographischen Indikatoren – die Kinderzahl pro Frau, der Anteil der unter 35-jährigen, der Anteil der Älteren und Alten – wirken sich auf die Bevölkerungsprognosen aus. Aus ihnen und aus Zu- und Abwanderungen, die auch von sozioökonomischen Merkmalen wie Armutsraten, Arbeitslosenquoten und Wirtschaftswachstum abhängig sind, wird die „demographische Lage“ einer Region bestimmt. Die Einwanderung von Menschen anderer nationaler und ethnischer Herkunft, beginnend mit der Anwerbung von Arbeitskräften seit 1955, gefolgt von der Aufnahme von Flüchtlingen und (vorläufig) beendet mit der Einreise von (Spät-) Aussiedlern und Aussiedlerinnen, seit 1990 überwiegend aus der GUS, hat darüber hinaus die Bevölkerung – im Westen und in den Städten weitest stärker als im Osten und in den ländlichen Regionen – zu einer multiethnischen Gesellschaft werden lassen.

Die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung durch die Einwanderung findet seit kurzem das besondere Interesse der Öffentlichkeit. Vier Gründe sind dafür verantwortlich:

- **Erstens** wächst im Bewusstsein der Öffentlichkeit die Erkenntnis, dass zwar seit vielen Jahren die Zahl der Ausländer und Ausländerinnen an der Wohnbevölkerung in Deutschland konstant ca. 10 Prozent ausmacht, dass aber die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund inzwischen doppelt so groß ist. Dieser Sachverhalt wurde erst durch den Mikrozensus 2005 deutlich, in dem erstmalig nicht das Merkmal *mit ausländischem Pass* sondern das Merkmal *mit Migrationshintergrund* zugrundegelegt wurde: Als Personen mit Migrationshintergrund sind neben Ausländern und Ausländerinnen auch diejenigen erfasst, die selbst auf Antrag eingebürgert wurden, sowie die Kinder, die nach der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes ab 1.1.2000 – vorläufig – die doppelte Staatsangehörigkeit erhalten, oder die aus einer Ehe stammen, bei der einer der Eltern Deutsche oder Deutscher ist, kraft Geburt oder kraft Einbürgerung; nicht zuletzt zählt hier die große Gruppe der Aussiedler und Aussiedlerinnen mit Kindern und Kindeskindern. Deutlich höher sind die Anteile der Personen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der jüngeren Bevölkerung: Bei den Geburten sind es schon ein Drittel der Kinder, die keinen nur deutschen Hintergrund haben, dieses bezogen auf Deutschland insgesamt. Wird zusätzlich berücksichtigt, dass die Migrantenangehörigen deutlich häufiger im Westen als im Osten Deutschlands wohnen und arbeiten und häufiger in den Großstädten als in den ländlichen Regionen leben, so verwundert es nicht, dass der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund an den Jugendlichen in den Großstädten Westdeutschlands 40 Prozent bis 50 Prozent beträgt, die Zahl der Schulanfänger aus Migrantenfamilien in diesen Städten nähert sich der 50 Prozent Grenze. Nach dem Mikrozensus 2005 haben in sechs Großstädten mehr als 60 Prozent der Neugeborenen einen Migrationshintergrund. In den Ruhrgebietsstädten dürften es zwischen 50 Prozent und 60 Pro-

zent sein. In vierzig Jahren werden – wiederum ohne neue Einwanderung – mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung mittleren Alters ethnisch nicht nur Deutsche sein.

- **Zweitens** begann die Einwanderung vor nunmehr über 50 Jahren als Migration von Arbeitskräften und war von allen Beteiligten als vorübergehender Aufenthalt lediger Personen verstanden worden. Das Nachholen von Ehepartnern und Kindern in den siebziger Jahren verlief ungeplant. Auch für die folgenden Einwanderungsbewegungen, die der Flüchtlinge und die der Aussiedler und Aussiedlerinnen, wurden keine vorausschauenden Konzepte entwickelt.

Die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland war vielmehr gekennzeichnet durch – in vielen Fällen halbherzige und widersprüchliche – Reaktionen auf ökonomisch determinierte Entwicklungen und durch eine relativ

konsequente Orientierung an den Interessen der einheimischen Mehrheit bzw. eines Teiles dieser Mehrheit, aber nicht an den Interessen der Minderheit. Das lag daran, dass die Politik davon ausging, dass die Migrantenfamilien, die in Deutschland bleiben würden, sich zumindestens in der zweiten oder dritten Generation integrieren würden, wobei unter Integration eine Anpassung an unveränderte deutsche Normen verstanden wurde. Demgegenüber muss heute konstatiert werden, dass sich ein erheblicher Teil der Einwanderer nicht in dem obigen Sinne eingegliedert hat. Mindestens seit zehn Jahren, eigentlich schon früher, hätte erkannt werden müssen, dass die Einwanderer sich häufig nicht an die deutsche „Leitkultur“ anpassten, sondern – teilweise – subkulturelle Lebensformen und Orientierungen ausbilden.

Schon heute sind zwei Drittel aller Kinder unter 18 Jahren mit ausländischem Pass in Deutschland geboren. Hinsichtlich der Herkunft der Kinder ist auf erhebliche Verschiebungen in den letzten Jahren hinzuweisen. Zwar hat die überwiegende Zahl der Kinder noch immer die Nationalität der Staaten, mit denen bis 1973 Anwerbeverträge bestanden, aber die Zahl der Kinder mit anderer Nationalität oder Herkunft wächst stetig. Inzwischen gibt es weit mehr als 100 *mitgebrachte* beziehungsweise in den Familien gesprochene Sprachen. Kinder und Jugendliche werden in Deutschland in naher Zukunft zu einem erheblichen Teil in Migrantenfamilien und dort überproportional in den so genannten benachteiligten Stadtteilen aufwachsen. Wegen unterschiedlicher Geburtenraten steigen die Anteile in den nächsten Jahren auch ohne weitere Einwanderung beachtlich.

Die Lebensbedingungen und die Orientierungen eines erheblichen Teils der eingewanderten Familien unterscheiden sich auch heute noch – anders als zu Beginn der Einwanderung vor nunmehr 50 Jahren erwartet wurde – von denen der deutschen Familien. Für diese Entwicklung lassen sich Gründe benennen. Die zu Beginn der Migration entstandenen ethnischen Gemeinschaften haben sich für einen geringeren Teil der eingewanderten Familien verfestigt und zu einer ethnisch oder migrationsbestimmten Subkultur geführt. Zu der Verfestigung haben

drei Prozesse beigetragen: In den industriellen Ballungszentren lebt *erstens* ein kleinerer Teil der Familien in den ethnischen Gemeinschaften oder im ethnischen Milieu, ein größerer Teil im Einwanderungsmilieu, das sind Wohngebiete mit hohen Zuwandereranteilen, die in der Regel von sozialräumlichen Defiziten bestimmt sind. Die Nachteile des Aufwachsens von Kindern in sozial vernachlässigten Stadtbezirken, sei es im sozialen Brennpunkt, sei es im ethnischen Milieu, können nicht hoch genug veranschlagt werden. Die räumliche Konzentration von Armut wirkt sich im Stadtteil und hinsichtlich seiner Einrichtungen aus: auf die Kindertagesstätten, auf die Qualität der Schulen sowie der Kinder-

und Jugendzentren. Stets – auch bei informellen Treffen – sind die benachteiligten Gruppen unter sich. Sicherlich mobilisiert die multikulturelle Stadtgesellschaft auch Kräfte und ihre Bewohner und Bewohnerinnen bringen Stärken und Kompetenzen ein, aber sie bedarf zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten politischer Unterstützung, vor allem in der Bereitstellung von Ressourcen im Bildungsbereich. Zu beachten ist *zweitens* die Zunahme ethnischer oder religiöser Vereine oder Gruppierungen, zum Beispiel von Elternvereinen, Moscheevereinen oder kirchlicher Gruppierungen. Die Heiratsmuster eines Teils der Kinder der Zugewanderten führen *drittens* zu einer Verfestigung der Bindung an die Herkunftskultur beziehungsweise an die Migrationskultur. Die Erfahrung von Diskriminierung in vielen Lebensbereichen, Wahrnehmung fehlender Gerechtigkeit, schafft und verstärkt das Bemühen, Lösungen in der eigenen ethnischen Gesellschaft zu suchen.

5. Migrantenorganisationen im Feld der Sozialarbeit

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund partizipieren nicht gleichberechtigt, d.h. mit gleichen Chancen an der Bildung und Ausbildung noch an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe noch haben sich die Institutionen in dem Verständnis interkulturell geöffnet, dass die Migrantenangehörigen als Personen oder vertreten durch ihre Organisationen als gleichberechtigte Partner und Partnerinnen partizipieren könnten.

In neuerer Zeit beginnen sich die Konstellationen zu verändern. Es deutet sich – so im Bereich des Sports früher und konsequenter schon heute belegbar – eine Entwicklung an, die sich in Kürze auch auf andere Bereiche der Jugendarbeit ausweiten wird: die Gründung von ethnischen Vereinen. Oftmals machen die Vereinsnamen den ethnischen Kontext nach außen sichtbar.

In den letzten Jahren ist die Zunahme solcher ethnischer oder religiöser Vereine oder Gruppierungen zu registrieren, z.B. von Elternvereinen, Moscheevereinen oder kirchlichen Gruppierungen. Im Zentrum der öffentlichen Thematisierung stehen die muslimischen Gruppen wie zurzeit die muslimische Jugend und die muslimischen „Internate“ oder die türkischen Vereine (Fußball- und Kampfsportvereine). Die eigenethnischen Gruppierungen und Einrichtungen anderer Zuwanderungsgruppen (griechische Gemeinde, Kirchen der Mennoniten) finden kaum öffentliches Interesse. Ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die Verfestigung der ethnischen Gemeinschaften verlief unbeobachtet oder zumindest undiskutiert. Die Schließung der ethnischen Gemeinschaften wurde durch die Ausbildung einer eigenen Funktions- und Professionselite vorangetrieben. Es gibt es Initiativen von Migrantenvereinen oder –organisationen die vorhandenen Lücken zu füllen und eigene Beratungsangebote aufzubauen, wie z.B. im Begegnungs- und Bildungszentrum für muslimische Frauen in Köln, um nur eins von vielen Beispielen zu nennen; es bestehen zudem erste Aktivitäten Jugendverbände oder Wohlfahrtsverbände zu gründen. Es sind die an die Moscheevereine angebotenen muslimischen Einrichtungen, die im Mittelpunkt des Interesses von Politik und Verwaltung stehen, aber auch nicht religiöse Organisationen und Personen (die Bildungs- und Funktionselite), die, um das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen ihrer ethnischen Gruppe besorgt, gleichberechtigte Mitsprache fordern. Sie arbeiten in Vereinen mit, die Träger von Privatschulen werden und sind auch im Jugendfreizeit- und Jugendhilfebereich tätig. Sie wollen ihr Engagement verstärken und wünschen dafür staatliche Unterstützung, auch finanzieller Art.

Diese Aktivitäten haben m.E. ihren Grund in der fehlenden Teilhabe und dem eingeschränkten Zugang zu Beratung. Migranten und Migrantinnen gründen ethnische Vereine und werden solche in einer Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen gründen, wenn sie sich in den deutschen Vereinen nicht aufgenommen und mit ihrem kulturellen (Migrations-) Hintergrund nicht berücksichtigt fühlen. Die deutschen Einrichtungen haben aus den Veränderungen der Gesellschaft und aus der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund Mitglieder von Vereinen wurden oder werden sollten, nicht die Konsequenz gezogen, sich interkulturell zu öffnen. Es fehlt die Auseinandersetzung mit Wertvorstellungen der Zugewanderten, ohne diese auf der Grundlage der deutschen Dominanzkultur zu bewerten. Und es fehlt die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und von Migrantenverbänden auf allen Ebenen der Verbandsarbeit.

6. Wo stehen wir heute: Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendhilfe

Vieles hat sich in der letzten Zeit in der Jugendhilfe zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verändert. Es wurde und wird thematisiert, dass es besonderer Anstrengungen und Veränderungen in der Jugendhilfe bedarf, um diese Gruppe einzubeziehen. Konzepte der interkulturellen Öffnung von Jugendhilfe und deren Einrichtungen werden gefordert und teils als eingeführt beschrieben. Die Literatur zu diesem Thema und zur interkulturellen Kompetenz, über die Sozialarbeiter verfügen und für die sie aus- und weitergebildet werden sollen, nimmt sichtbar zu. Es werden immer deutlicher Forderungen nach sozialarbeiterischer Praxis jenseits des Paternalismus (Scherr 2007) zu immer spezielleren Aspekten wie z.B. „Interkulturelle Aspekte bei der Durchführung des Hilfeplanverfahrens“ (Kappel/Strauss/Weiterschau 2004) erstellt.

In Kürze gibt es kaum noch eine Stadt oder eine städtische Region ohne die Erarbeitung eines interkulturellen Leitbildes oder Integrationsgespräche bzw. –konferenzen, in die die Jugendhilfe eingebunden ist. Thematisiert wird dann auch (fast) immer eine Vernetzung unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen, auch der Moscheevereine. Migrantenangehörige werden gebeten, ja aufgefordert an jedweder Aktivität teilzunehmen, soweit sie sich an die eigene Zielgruppe wendet. Kurse und Weiterbildungsmaterialien für die Erlangung von interkulturellen Kompetenzen des einheimischen deutschen Personals oder zum interkulturellen Konfliktmanagement werden in großer Zahl angeboten. Allorts steigt die Nachfrage nach Migrantenangehörigen als interkulturelle Vermittler/innen und es gibt erste Versuche, parallel zum gender mainstreaming einen „cultural“ mainstreaming als Prüfkriterium für Programme und Aktivitäten einzuführen.

Alles, was mit Migration oder Interkultur zusammenhängt, hat zurzeit Konjunktur. Dennoch reichen alle die gut gemeinten Ansätze nicht aus, die Fehler und Fehlentwicklungen nahezu seit Beginn der Einwanderung, die alten Irrtümer lassen sich nicht durch neue Fehler eliminieren. Nicht wenige der vorgelegten Konzepte, Aktivitäten und Projekte zeichnen ein Bild, in der die Eingewanderten und ihre Nachkömmlinge die „anderen“ als pädagogisch, der Hilfe zur Integration bedürftigen Menschen dargestellt und als Sondergruppe der einheimischen deutschen Bevölkerung gegenübergestellt werden. Ihre Lebensform wird manchmal mit Begriffen umschrieben, die schon vor dreißig und mehr Jahren nicht richtig waren. Viele Texte, Konzepte, Stadtteilkonferenzen vermögen sicher auch heute noch

nicht von Stereotypisierung der Migrationbevölkerung zu lösen oder fügen sogar neue Stereotypen hinzu.

Bedeutsamer als das Festhalten an alten und als die Orientierung an neuen Irrtümern ist aber, dass es im Denken der in der Sozialarbeit (und anderen Tätigkeitsfeldern) tätigen - meistens einheimische Personen - nicht hinreichend verankert ist, dass es um eine Arbeit, ja um eine Ringen um die gemeinsame multiethnische Stadtgesellschaft geht. Viel zu selten wird zweitens der defizitäre Blick auf die Kinder, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund überwunden. In nicht wenigen Stadt- oder Stadtteilkonferenzen, die der Entwicklung oder der Integration gewidmet sind; stehen fehlende deutsche Sprachkenntnisse, fehlende Integrationsbereitschaft im Mittelpunkt der Gespräche. Fehlende Bildung, Schwierigkeiten im Übergang in die berufliche Ausbildung, abweichendes Verhalten, Arbeitslosigkeit und Armut, Rückzug in die eigene Ethnie u. a. werden benannt. Ressourcen und Kompetenzen werden meist als Zweisprachigkeit und Interkulturelle Kompetenz formelhaft einbezogen, wenn gefordert wird, nicht von einem defizit-, sondern von einem ressourcenorientierten Ansatz auszugehen, aber die Ressourcen werden nicht anschaulich beschrieben und damit nicht kommunizierbar gemacht. Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden von der Kinder und Jugendhilfe wie von vielen einheimischen Deutschen nicht in der Vielfalt und Differenziertheit wahrgenommen, die sie heute aufweisen und zu wenig Pädagogen und Pädagoginnen hinterziehen sich der Mühe sich auf eine Gruppe von Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund ernsthaft einzulassen, in dem sie sich über ihre Lebenssituation hier in Deutschland, über ihre Sozialisation in einer Migrationsfamilie und über ihre Fähigkeiten und Orientierungen informieren und das große Spektrum berücksichtigen, das selbst innerhalb einer ethnischen Gruppe vorhanden ist.

Noch gravierender wirkt sich aus, dass die Mängel wie größere Anteile an Bildungsversagern, von Jugendlichen, die nicht in Ausbildung einmünden, von Familien, die Hilfen (z.B. in der gesundheitlichen Vorsorge für die Kinder, bei Erziehungsproblemen) nicht in Anspruch nehmen, die Lebensbedingungen, das familiäre Umfeld und die Einstellungen der Migranten verantwortlich gemacht werden. Erst mit einem zweiten Blick, der längst nicht immer erfolgt, wird das Versagen der Institutionen z.B. die Selektivität des Schulsystems, die Diskriminierung beim Übergang in die berufliche Ausbildung, die für Migrationsfamilien unzureichenden oder falschen Ansätze der Kinder- und Jugendhilfe und Unzulänglichkeiten der in ihr tätigen Personen registriert.

Eine interkulturelle Öffnung der Einrichtung wird zudem nicht selten vorschnell mit Angeboten für junge Menschen mit Migrationshintergrund gleichgesetzt, insbesondere dann, wenn für die Klientel mit Migrationshintergrund eine derselben Ethnie angehörende pädagogische Kraft eingestellt wird. Die Arbeit der Fachkraft wird häufig auf die Migrantengruppe beschränkt, als ob sie nicht für fähig erachtet wird, professionell mit einheimisch deutschen Kindern, Jugendlichen oder Familien zu arbeiten. Relativ selten wird das paternalistische Denken und Handeln überwunden. Zwar wird in jüngster Zeit verstärkt darauf verwiesen, dass einheimisch Deutsche nicht für Migrantenangehörige sprechen und entscheiden dürften, aber vieles deutet auf die alten paternalistischen Muster hin: Die Migranten und Migrantinnen und die Migrantenorganisationen werden zu Sitzungen eingeladen, sie bekommen Räume zur Verfügung gestellt, sie werden unterstützt. Längst nicht immer handelt es sich um eine Kommunikation oder Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Das Hilfesystem in Deutschland war und ist traditionell durch eine enge Verflechtung zwischen freien und öffentlichen Trägern geprägt. Die quasi-verfassungsmäßigen Prinzipien der Pluralität (weltanschauliche Vielfältigkeit der freien Träger samt ihrer Arbeitskonzepte und Methoden) und der Subsidiarität (nach Einführung des KJHG durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit ergänzt), bestimmten die Verflechtung und die Zusammenarbeit. Kaum thematisiert wird, dass die Vorstellung von Pluralität sich nicht auf die Migranten- und Migrantenorganisationen und damit nicht auf die Menschen mit Migrationshintergrund erstreckt. Der Bund, die Länder und die Kommunen treten bisher nicht oder nur ansatzweise in eine Diskussion um die Berücksichtigung der Partizipationsinteressen dieser Gruppen ein. Die Zeit, in denen paternalistischer Umgang möglich war, geht zu Ende, auch wegen des steigenden Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund mit politischen Rechten. In der Zukunft wird Politik und Verwaltung die Aufnahme der Migrantenorganisationen in die Gruppe der anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege und zwar auf allen Ebenen sowie deren Berücksichtigung bei der Verteilung der Ressourcen gemäß dem Anteil der Zugewanderten im Stadtteil, in der Stadt oder in der Region, nicht verwehren können.

Die Einbeziehung des Bevölkerungsteils mit Migrationshintergrund hätte anders gelöst werden können, durch eine frühzeitige interkulturelle Öffnung oder durch eine sozialraumbezogene Zusammenarbeit aller Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe – sowie durch passgenaue, kooperative Angebote für die einzelnen Zielgruppen, um optimale Bedingungen des Aufwachsens aller Kinder und Jugendlichen vor Ort zu schaffen. Dieses ist nicht geschehen und nunmehr stehen die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe – wie alle deutschen Organisationen und Einrichtungen – vor dem Problem, dass Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Selbstorganisationen Forderungen stellen. Es geht nicht mehr allein um die Frage von Multikulturalität oder von der interkulturellen Öffnung der deutschen Einrichtungen, vielmehr geht es um die Forderung ebenso wie deutsche Träger auch eigene Einrichtungen führen zu können und in gleicher Weise wie deutsche Einrichtungen unterstützt zu werden. Es geht um eine Teilhabe an den Ressourcen, die der Staat für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt und zwar in zweifacher Hinsicht:

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund (nicht selten erfolgreicher und oft gleich bildungserfolgreich wie einheimische Deutsche) mit deutscher Staatsangehörigkeit, in Deutschland geboren, fordern, dass sie gleiche Chancen haben. Sie wollen nicht als Lehrer und Lehrerinnen, als Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen eingestellt werden, weil sie mit den schwierigen Migrant*innenjugendlichen besser umgehen können oder über Kontakte mit den Eltern das Umfeld befriedigen können, sondern weil sie die multikulturelle Schule, das multikulturelle Jugendamt repräsentieren und weil einheimisch deutsche Kolleginnen und Kollegen von ihnen lernen können.
- Migrantenangehörige fordern politische und gesellschaftliche Partizipation (auf Augenhöhe) und gleiche Rechte für ihre Vereine und Verbände. Sie haben die Personen, die zu einer Verbesserung in den Kommunen beitragen können und wollen.

Sie verlangen, beide Forderungen so bald wie möglich zu erfüllen, wenn es auch den (einheimisch) Deutschen im Einzelfall Positionen und den deutschen Verbänden Ressourcen kostet.

7. Konsequenzen

Die Forderung der gleichberechtigten Einbeziehung der Migrantenangehörigen und noch mehr die nach gleichberechtigtem Status ihrer Organisationen wird auf Widerstände stoßen. Mancher Moscheebau, viele Jugendeinrichtungen und Kinderbetreuungen eines islamischen Vereins werden mit Misstrauen oder sogar von Ablehnung begleitet. Aber nur wenn die Migrantenangehörigen und ihre Verbände, Organisationen und Vereine (selbstverständlich bei gleichen Pflichten und auf derselben Rechtsgrundlage) die gleichen Rechte und die gleichen Partizipationschancen haben wie einheimisch Deutsche und ihre Verbände, ist Gerechtigkeit möglich. Multikulturelle Projekte und eine missverständene oder zaghafte interkulturelle Öffnung sind heute zu wenig. Alle Einrichten der Kinder- und Jugendhilfe, der Bildung und der Bürger selbst müssen sich der Situation stellen, dass ihre Stadtgesellschaft multiethnisch geworden ist und dass sich daraus Anforderungen für eine Reform ergeben. Diese Reformen gilt es gemeinsam voranzutreiben.

Literatur

Baraulina, Tatjana (2007)

Integration und interkulturelle Konzepte in Kommunen. In: DasPARlament, 22-23.

<http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/22-23/beilage/005html>

10.07.2008

Boos-Nünning, Ursula (2004)

Familienpolitik und Familienforschung in der Einwanderungsgesellschaft. In: Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): Familien in der Einwanderungsgesellschaft, Göttingen, S. 21-38.

Boos-Nünning, Ursula/Karakaşoğlu, Yasemin (2003)

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und Sport, in: Schmidt, Werner/Hartmann-Tews, Ilse/Brettschneider, Wolf-D. (Hg.): Erster Kinder- und Jugendsportbericht. Schorndorf, S. 319-338.

Boos-Nünning, Ursula/Karakaşoğlu, Yasemin (2006)

Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster u.a. (2. Auflage).

Bukow, Wolf-Dietrich/ Yildiz, Erol (2002):

Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Opladen.

Bundesjugendkuratorium (Hrsg.) (2008)

Pluralität ist Normalität für Jugendliche. Vernachlässigte Aspekte und problematische Verkürzungen im Integrationsdiskurs.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2002)

Elfter Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bonn.

Çağlar, Gazi (2004)

Die Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten. Akteure der Zivilgesellschaft und der Sozialen Arbeit. In: Teichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main. S. 329-349.

Feld, Katja/Freise, Josef/Müller, Annette (Hrsg.) (2005)

Mehrkulturelle Identität im Jugendalter. Die Bedeutung des Migrationshintergrundes der sozialen Arbeit. 2. Auflage. Münster

Fendrich, Sandra u.a. (Hrsg.) (2008)

Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2015 in Westfalen-Lippe. Münster.

Forum Erziehungshilfen (2005)

Thema: Interkulturelles Handeln, Heft 1.

Freise, Josef (2005)

Aspekte der Identitätsentwicklung zugewanderter Jugendlicher: Allgemeine Spannungsfelder, das Problem der Diskriminierung und Konsequenzen für die Jugendhilfe. In: Feld, Katja/Freise, Josef/Müller, Annette (Hrsg.): Mehrkulturelle Identität im Jugendalter. Die Bedeutung des Migrationshintergrundes der sozialen Arbeit. 2. Auflage. Münster. S. 11-31.

Freise, Josef (2005)

Interkulturelle Soziale Arbeit: Theoretische Grundlagen, Handlungsansätze, Übungen zum Erwerb interkultureller Kompetenz. Schwalbach.

Gaitanides, Stefan (1999)

Zugangsbarrieren von MigrantInnen zu den sozialen und Psychosozialen Diensten und Strategien interkultureller Öffnung. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit (IZA). 3-4. S.41-45.

Handschuck, Sabine/Schröer, Hubertus (2001)

Interkulturelle Orientierung als Qualitätsstandard sozialer Arbeit. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Migration als Herausforderung für pädagogische Institutionen. Opladen. S. 147-180.

Haubrich, Karin/Kerstin, Frank (2002)

Schwer erreichbar? Mobile Jugendsozialarbeit für junge Migrantinnen und Migranten. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.): Migrantenkinder in der Jugendhilfe. München. S. 135-179.

Hunger, Uwe (2004)

Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Wissenschaftliches Gutachten. Münster/ Osnabrück.

Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis gGmbH (isp) u.a. (Hrsg.) (2007)

Konfliktbearbeitung in interkulturellen Kontexten in Jugendhilfe und Schule. Zwischenbericht. Hamburg.

www.kik-projekt.de/_pdf/Zwischenbericht_KIK-gesamt.pdf

24.04.08

Krafeld, Franz Josef (2001)

Cliquenorientierte Jugendarbeit mit Aussiedlerjugendlichen. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit (IZA), 2. S. 32-36.

Melter, Claus (2006)

Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit. Waxmann. Münster.

Melter, Claus (2007)

Sekundärer Rassismus in der Sozialen Arbeit. In: Geisen, Thomas/Riegel, Christine (Hrsg.): Jugend, Partizipation und Migration. VS Verlag. Wiesbaden. S. 107-128.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW (2006)

Handreichung Interkulturelle Öffnung der Familienberatung. Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Öffnung der Regelangebote der psychosozialen Beratung für Kinder, Jugendliche und Eltern mit Zuwanderungsgeschichte“.

www.callnrw.de/broschuerenservice/download/1402/handreichung_Interkulturelle-%D6ffnung.pdf

17.06.2008

Otto, Hans-Uwe/Schrödter, Mark (Hrsg.) (2006)
Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität. Neue Praxis, Sonderheft 8. Lahnstein.

Pavković, Gari (1999)
Interkulturelle Kompetenz in der Erziehungsberatung. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit (IZA), 2. S. 22-29.

Puskeppeleit, Jürgen/Thränhardt, Dietrich (1990)
Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Freiburg.

Rauschenbach, Thomas/ Schilling, Matthias (Hg.) (1997)
Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik, Analysen, Befunde und Perspektiven, Bd. 2. Neuwied.

Renner, Günter (2002)
Kinder ausländischer Eltern in der Jugendhilfe. In: Diefenbach, Heike/Renner, Günter/Schulte, Bernd (2002) (Hg.): Migration und die europäische Integration. Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe. München. S. 73-126.

Santen, Eric van/Mamier, Jasmin/Pluto, Liane/Seckinger, Mike/Zink, Gabriele (2003)
Kinder- und Jugendhilfe in Bewegung – Aktion oder Reaktion? Eine empirische Analyse. München.

Scherr, Albert (2007)
Welche Hilfen benötigen Migranten? Perspektiven sozialarbeiterischer Praxis jenseits des Paternalismus. In: nah & fern. Das Kulturmagazin für Migration und Partizipation, 37. Schwerpunktthema: Engagement ohne Bevormundung. S. 9-12.

Simon-Hohm, Hildegard (2004)
Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste und interkulturelle Kompetenz. In: Treichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.) Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main.

Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.) (2002)
Migrantenkinder in der Jugendhilfe. München.

Späth, Karl (2000)
Inanspruchnahme von Erziehungshilfen durch Ausländer. Beitrag in: Sozialmagazin, Heft 6/2000. S. 46-50.

Statistisches Bundesamt (2007a)
Kinder- und Jugendhilfestatistiken 2006 Online-Publikationen:

- Institutionelle Beratung 2006.
<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=000000010003IHLDblYcaI2542155995&cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020922>
- Betreuung einzelner junger Menschen 2006
<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020829>
- Sozialpädagogische Familienhilfe 2006
<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020853>
- Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses (Tagesgruppe) 2006
<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021064>
- Vorläufige Schutzmaßnahmen 2006

<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020627>

Alle abgerufen: 03.09.2008.

Statistisches Bundesamt (2007b)

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005.

<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020313>
03.09.2008

Stiftung Niedersachsen (2006)

älter, bunter, weniger. Die demographische Herausforderung an die Kultur. Bielefeld.

Stüwe, Gerd (2004)

Migranten in der Jugendhilfe. In: Treichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main. S. 253-268.

Teubner, Kristin (2004)

Migrationssensible Hilfen zur Erziehung. Widersprüche aushalten und meistern. Frankfurt am Main.

Thole, Werner (1997)

Jugendarbeit – ein Stiefkind der Statistik. In: Rauschenbach, Thomas/Schilling, Matthias (Hg): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik, Bd. II: Analysen, Befunde, Perspektiven. Berlin. S. 279-320.

Treichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.) (2004)

Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main.

Wikipedia Deutschland (2008): Stichwort: Gerechtigkeit.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Gerechtigkeit>
Zuletzt geändert am 29.08.2008. 03.09.2008.

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung (2007)

Thema Jugend: Cultural mainstreaming. Heft 3/2007.